
Juridicum – Schriftenreihe zum Strafrecht

Reihe herausgegeben von

Ingeborg Zerbes, Bremen, Deutschland

Mohamad El-Ghazi, Bremen, Deutschland

Die Buchreihe bietet Abhandlungen aus der gesamten Strafrechtswissenschaft eine Veröffentlichungsplattform. Die Reihe ist bewusst breit zugeschnitten, so dass sowohl aktuelle, traditionelle aber auch theoretische Fragestellungen erfasst sind. Das Angebot richtet sich an materiell-rechtliche, strafprozessrechtliche und kriminologische Forschungsarbeiten, namentlich auch aus den Bereichen des Europäischen und des Internationalen Strafrechts, des Medizinstrafrechts und Medienstrafrechts.

Weitere Bände in der Reihe <http://www.springer.com/series/15454>

Melanie Küster

Der rechtliche Rahmen für unternehmensinterne Ermittlungen

Eine Auseinandersetzung
mit den Problemkreisen
bei Ermittlungen im Unternehmen

 Springer

Melanie Küster
Oldenburg, Deutschland

ISSN 2522-5901 ISSN 2522-591X (electronic)
Juridicum – Schriftenreihe zum Strafrecht
ISBN 978-3-658-25562-6 ISBN 978-3-658-25563-3 (eBook)
<https://doi.org/10.1007/978-3-658-25563-3>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2019

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag, noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Springer ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

Danksagung

Die vorliegende Arbeit wurde während meiner Tätigkeit am Lehrstuhl von Herrn Prof. Dr. Roland Schmitz an der Universität Osnabrück gefertigt und im Februar 2017 von der Universität Osnabrück als Dissertation angenommen. Die Disputation hat im April 2018 stattgefunden. Die Arbeit berücksichtigt Rechtsprechung und Literatur bis Oktober 2018.

Mein besonderer Dank gilt Herrn Prof. Dr. Roland Schmitz. Er hat diese Arbeit von der Ideenfindung an begleitet und war stets gesprächsbereit und hat mich bei der Erstellung der Arbeit unterstützt. Durch seinen Lehrstuhl hat er eine angenehme und anregende Atmosphäre für die wissenschaftliche Entfaltung geboten.

Herrn Prof. Dr. Ralf Krack möchte ich für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens und die nette Zusammenarbeit im Rahmen der Betreuung des LL.M. Wirtschaftsstrafrechts danken.

Ein Dank geht auch an meine Arbeitskolleginnen und -kollegen Lisa Zumdick, Dr. Saskia Rolles, Sarah Nolte, Lennart Dornieden, Pia Wangler, Lara Flörkemeier, Vanessa Homann, Patrick Skeries, Dr. Daphne Petry, Anna Dittrich, Pepe Schladitz, Simon Maly, Marco Beckmann sowie Birgit Henseler, welche mich durch die Zeit der Erstellung begleitet und auch für die nötige Zerstreuung gesorgt haben. Besonderen Dank gilt dabei Dr. Andrea Elisabeth Busch, die in unzähligen Diskussionen diese Arbeit vorangebracht hat und stets wertvolle Anmerkungen und Korrekturen hatte. Die Zusammenarbeit mit euch wird mir in besonderer Erinnerung bleiben.

Herzlichen Dank möchte ich meiner Familie aussprechen, auf deren Beistand und Rückhalt ich mich immer verlassen konnte. Ganz besonderer Dank gilt Dr. Johanna Schmidt für die fachlichen Diskussionen, die Korrekturen, die vielen Anmerkungen, die Motivation und unsere besondere Freundschaft, die mir immer wieder Kraft gegeben hat. Ebenso möchte ich mich ganz besonders bei Robert Wendt bedanken. Die intensive Unterstützung durch die Korrekturen, Anmerkungen und der Beistand in der Endphase der Arbeit war von ganz besonderem Wert. Diesen Menschen möchte ich meine Arbeit widmen.

Melanie Küster, Oldenburg im Dezember 2018

Inhaltsverzeichnis

Erstes Kapitel: Einleitung	1
I. Das Phänomen unternehmensinterner Ermittlungen	2
II. Einführung in die Problemkreise im Rahmen unternehmensinterner Ermittlungen	5
III. Gang der Untersuchung/Zielsetzung	8
Zweites Kapitel: Gründe und Nutzen unternehmensinterner Ermittlungen	11
I. Gründe für unternehmensinterne Ermittlungen	12
1. Erfüllung von speziellen Organisationspflichten	12
1.1. Möglichkeit der Bebußung nach §§ 130, 30 OWiG	12
1.2. Verpflichtung aus § 93 Abs. 1 S. 1 AktG	15
1.3. Verpflichtung aus §§ 111 Abs. 1, 112 AktG	17
1.4. Verpflichtung aus § 43 Abs. 1 GmbHG	18
1.5. Verpflichtung aus dem Deutschen Corporate Governance Kodex	19
1.6. Weitere verpflichtende Normen.....	19
1.7. Zwischenergebnis	21
2. Auswirkungen auf der Rechtsfolgenebene.....	21
2.1. Reduzierung von Geldbußen und Einziehungsanordnungen.....	21
2.1.1. Verbandsgeldbuße nach § 30 OWiG.....	21
2.1.2. Geldbuße nach § 130 OWiG	23
2.1.3. Einziehung nach §§ 73 ff. StGB oder § 29a OWiG	24
2.1.4. Zwischenergebnis	26
2.2. Kronzeugenregelung nach § 46b StGB	26
2.3. Die Bonusregelung des Bundeskartellamts	27
2.4. Die Vorbereitung einer Selbstanzeige	28
2.5. Zwischenergebnis	29
3. Prüfung von zivilrechtlichen Ersatzansprüchen.....	29
4. Vorbereitung einer Anzeigenerstattung	29
5. Beseitigung von strafrechtlich relevanten Zuständen	30
5.1. Strafrechtlich relevante Zustände, welche schon vor den internen Ermittlungen bestanden haben	30
5.2. Strafrechtlich relevante Zustände durch unterlassene interne Ermittlungen	31
6. Aufarbeitung für die Außendarstellung	32

7. „Selbstreinigung“ des Unternehmens als Faktor bei verwaltungsrechtlichen Entscheidungen	33
8. Die wirtschaftliche Tätigkeit in den USA	35
9. Zwischenergebnis	37
II. Kooperation mit den Strafverfolgungsbehörden	38
1. Staatliche Ermittlungen finden statt	39
2. Staatliche Ermittlungen finden noch nicht statt	40
3. Folge der Kooperation	41
III. Ergebnis	41
Drittes Kapitel: Die einzelnen Phasen unternehmensinterner Ermittlungen	43
I. Geltende gesetzliche Regelungen	43
II. Die Sammlung und Auswertung von Informationen	44
1. Grundlagen zum Datenschutzrecht	45
1.1. Die Datenschutz-Grundverordnung und das Bundesdatenschutzgesetz	46
1.1.1. Anwendungsbereich der DSGVO und des BDSG	46
1.1.2. Die Erlaubnistatbestände	48
1.1.3. Die Einwilligung	50
1.1.4. Weitere Vorgaben der DSGVO	51
1.1.5. Rechtsfolgen eines Verstoßes gegen die DSGVO bzw. das BDSG	53
1.2. Das Telekommunikationsgesetz und das Telemediengesetz	54
2. Die konkreten Erhebungsmethoden und ihre rechtlichen Grenzen	54
2.1. Informationsbeschaffung aus öffentlich zugänglichen Quellen	54
2.2. Inaugenscheinnahme des Arbeitsplatzes	55
2.3. Durchsicht von Akten und Unterlagen in Papierform	55
2.4. Öffnung der Post	57
2.5. Die Auswertung der Personalakte	58
2.6. Die Auswertung des Dienstcomputers	59
2.7. Die Auswertung der E-Mails	62
2.7.1. Herrschende Ansicht: Unterscheidung nach gestatteter oder verbotener privater Nutzung zur Einordnung des Arbeitgebers als Diensteanbieter i.S.d. TKG	63
2.7.1.1. Der Arbeitgeber hat die private Nutzung gestattet	63
2.7.1.2. Der Arbeitgeber hat die private Nutzung untersagt	65

2.7.2. Minderheitsmeinung: Verneinung der Eigenschaft des Diensteanbieters i.S.d. TKG	66
2.7.2.1. Grammatikalische Argumente.....	67
2.7.2.2. Historische Argumente.....	68
2.7.2.3. Teleologische Argumente	69
2.7.3. Bewertung und Stellungnahme	71
2.7.3.1. Grammatikalische Argumente.....	71
2.7.3.2. Historische Argumente.....	72
2.7.3.3. Teleologische Argumente	73
2.7.3.4. Zwischenergebnis.....	74
2.7.4. Folgen der Geltung des BDSG bzw. der DSGVO für die Auswertung von E- Mails	74
2.8. Die Auswertung von Telefongesprächen und Verbindungsdaten	78
2.8.1. Die Erfassung der peripheren Daten	78
2.8.2. Das Abhören von Telefongesprächen	79
2.8.3. Das Mithören von Telefongesprächen	80
2.9. Die Überwachung des Arbeitsplatzes	81
2.9.1. Die akustische Überwachung	82
2.9.2. Die visuelle Überwachung	82
2.9.2.1. Die offene Videoüberwachung.....	83
2.9.2.2. Die heimliche Videoüberwachung	83
2.10. Zwischenergebnis.....	85
3. Die Beteiligung des Betriebsrates	85
3.1. Die Informationsrechte	86
3.2. Die Mitbestimmungsrechte.....	87
3.3. Konsequenzen eines Verstoßes gegen die Mitbestimmungsrechte	88
4. Ergebnis.....	89
III. Die Befragungen von Arbeitnehmern.....	90
1. Die Auskunftspflicht des Arbeitnehmers	90
1.1. Nicht selbstbelastende Aussagen des Arbeitnehmers.....	91
1.1.1. Umfang der Aussagepflicht des Zeugen-Arbeitnehmers über eigenes Verhalten	91
1.1.1.1. Auskunftspflicht in Anlehnung an §§ 666, 675 BGB	93

1.1.1.2.	Auskunftspflicht aus §§ 242, 241 Abs. 2 BGB	93
1.1.1.3.	Auskunftspflicht aus § 242 BGB	94
1.1.1.4.	Bestimmung der Nähe zum unmittelbaren Arbeitsbereich	95
1.1.2.	Umfang der Aussagepflicht des Zeugen-Arbeitnehmers über Dritte	95
1.1.3.	Auskunftspflicht gegenüber unternehmensinternen Ermittlern	96
1.1.4.	Vollstreckbarkeit der Auskunftspflicht und Sanktionierung durch den Arbeitgeber.....	98
1.1.5.	Zwischenergebnis.....	99
1.2.	Die selbstbelastende Aussage des Arbeitnehmers	100
1.2.1.	Grundlagen zur Beurteilung der Selbstbelastungspflicht.....	100
1.2.1.1.	Der nemo-tenetur-Grundsatz.....	100
1.2.1.2.	Der Gemeinschuldnerbeschluss des BVerfG	103
1.2.2.	Herrschende Ansicht: Selbstbelastungspflicht im Rahmen des unmittelbaren Tätigkeitsbereichs des Arbeitnehmers	104
1.2.3.	Verschiedene Ansichten zur Einschränkung der Pflicht zur Selbstbelastung.....	106
1.2.3.1.	Erste Ansicht: Keine Pflicht zur Selbstbelastung.....	106
1.2.3.1.1.	Darstellung der Ansicht	106
1.2.3.1.2.	Bewertung und Stellungnahme	108
1.2.3.2.	Zweite Ansicht: Unterscheidung nach Zweck der Befragung	111
1.2.3.2.1.	Darstellung der Ansicht	111
1.2.3.2.2.	Bewertung und Stellungnahme	112
1.2.3.3.	Dritte Ansicht: Einschränkung der Selbstbelastungspflicht.....	113
1.2.3.3.1.	Darstellung der Ansicht	113
1.2.3.3.2.	Bewertung und Stellungnahme	114
1.2.3.4.	Zwischenergebnis.....	115
1.2.4.	Vollstreckbarkeit von selbstbelastenden Auskünften	116
1.3.	Zwischenergebnis	117
2.	Verhaltens- und Verfahrensregeln bei Arbeitnehmerbefragungen	117
2.1.	Datenschutzrechtliche Zulässigkeit	118
2.2.	Verhaltensregeln bei der Durchführung von Befragungen.....	118
2.2.1.	Allgemeine Verhaltensvorgaben	119

2.2.2. Anwesenheits- und Beistandsrechte eines Rechtsanwaltes für den Arbeitnehmer.....	121
2.2.3. Die Beteiligung des Betriebsrats	123
2.2.3.1. Beistandsrechte des Betriebsrates	123
2.2.3.2. Informationsrecht des Betriebsrates	126
2.2.3.3. Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates.....	127
2.2.4. Die BRAK-Thesen als Lösung?.....	129
2.2.4.1. Der Inhalt der BRAK-Thesen	130
2.2.4.2. Kritik an der Anwendbarkeit und dem Inhalt der BRAK-Thesen	131
2.2.4.3. Zwischenergebnis.....	132
2.2.5. Forderungen der Literatur	133
2.3. Zwischenergebnis	134
3. Strafrechtliche Risiken durch die Befragung	134
3.1. Strafrechtliche Risiken für die Ermittler.....	134
3.1.1. Amtsanmaßung, § 132 StGB.....	135
3.1.2. Missbrauch von Titeln, Berufsbezeichnungen und Abzeichen, § 132a StGB	136
3.1.3. Nötigung, § 240 StGB.....	136
3.1.4. Freiheitsberaubung, § 239 StGB	138
3.1.5. Erpressung, § 253 StGB.....	138
3.1.6. Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes, § 201 StGB	139
3.1.7. Verletzung von Privatgeheimnissen, § 203 StGB.....	139
3.2. Strafrechtliche Risiken für die Arbeitnehmer	139
3.2.1. Ehrverletzungsdelikte, §§ 185 ff. StGB	140
3.2.2. Strafvereitelung, § 258 StGB	140
4. Ergebnis.....	140
IV. Die Erstellung und der Umgang mit den Ergebnissen.....	141
1. Die Erstellung der Ergebnisse.....	142
2. Der Umgang mit den Ergebnissen	143
Viertes Kapitel: Die Beschlagnahmefähigkeit von Unterlagen aus unternehmensinternen Ermittlungen.....	145
I. Der Anwendungsbereich des § 97 StPO im Zusammenhang mit unternehmensinternen Ermittlungen	146

1. Persönlicher Anwendungsbereich	146
1.1. Persönlicher Anwendungsbereich hinsichtlich des Ermittlerteams	146
1.2. Persönlicher Anwendungsbereich hinsichtlich des Unternehmens	148
1.2.1. Meinungsstand zum Umfang des Beschlagnahmeverbotes aus § 97 Abs. 1 Nr. 3 StPO	149
1.2.2. Auslegung des § 97 Abs. 1 Nr. 3 StPO	151
1.2.2.1. Grammatikalische Auslegung	151
1.2.2.2. Systematische Auslegung	151
1.2.2.3. Historische Auslegung	153
1.2.2.4. Teleologische Auslegung	154
1.2.2.5. Zwischenergebnis	156
2. Räumlicher Anwendungsbereich	156
2.1. Beschlagnahmeschutz im Gewahrsamsbereich	157
2.2. Beschlagnahmeschutz außerhalb des Gewahrsamsbereichs	157
2.2.1. Keine Begrenzung auf den Gewahrsamsbereich?	157
2.2.1.1. Grammatikalische Auslegung	158
2.2.1.2. Systematische Auslegung	159
2.2.1.3. Historische Auslegung	160
2.2.1.4. Teleologische Auslegung	161
2.2.1.5. Zwischenergebnis	162
2.2.2. Beschlagnahmeschutz für echte Verteidigungsunterlagen nach § 97 StPO analog	162
2.2.2.1. Die Unterlagen aus unternehmensinternen Ermittlungen als echte Verteidigungsunterlagen	163
2.2.2.1.1. Das Unternehmen als Beteiligter im Strafverfahren	164
2.2.2.1.2. Beschlagnahmeschutz bei Beteiligung des Unternehmens am Verfahren	166
2.2.2.1.3. Unterlagen aus unternehmensinternen Ermittlungen als Verteidigungsunterlagen	168
2.2.2.2. Zeitliche Geltung des Beschlagnahmeschutzes von Verteidigungsunterlagen	169
2.2.2.2.1. Erste Ansicht: Beschlagnahmeschutz schon vor Einleitung des Ermittlungsverfahrens und bei Anbahnung des Verteidigungs- verhältnisses	169

2.2.2.2.3.	Bewertung und Stellungnahme.....	172
2.2.2.2.4.	Folge für das Unternehmen bei unternehmensinternen Ermittlungen	176
2.2.2.3.	Zwischenergebnis.....	178
3.	Sachlicher Anwendungsbereich	178
4.	Ausnahmen vom Beschlagnahmeverbot des § 97 StPO	179
5.	Ergebnis.....	181
II.	Der Anwendungsbereich des § 160a StPO im Zusammenhang mit unternehmensinternen Ermittlungen	182
1.	Persönlicher Anwendungsbereich	183
2.	Räumlicher Anwendungsbereich	184
2.1.	Beschlagnahmeschutz beim Zugriff beim Berufsheimnisträger.....	184
2.2.	Beschlagnahmeschutz beim Zugriff beim Dritten	185
2.2.1.	Meinungsstand zum Beschlagnahmeschutz bei Dritten.....	185
2.2.2.	Auslegung des § 160a Abs. 1 S. 5 StPO	186
2.2.2.1.	Grammatikalische Auslegung	187
2.2.2.2.	Systematische Auslegung.....	187
2.2.2.3.	Historische Auslegung	188
2.2.2.4.	Teleologische Auslegung	189
2.2.2.5.	Zwischenergebnis.....	191
3.	Sachlicher Anwendungsbereich	191
3.1.	Anwendung bei Unterlagen aus unternehmensinternen Ermittlungen	191
3.2.	Anwendung des § 160a Abs. 2 StPO bei unternehmensinternen Ermittlungen ...	193
4.	Ausnahmen von der Regelung des § 160a StPO.....	193
4.1.	Beschuldigtenstellung der zeugnisverweigerungsberechtigten Person	193
4.2.	Ausschluss nach § 160a Abs. 4 S. 1 StPO	194
4.3.	Verfassungskonforme Reduktion bei drohendem Missbrauch?	195
5.	Das Verhältnis von § 97 StPO und § 160a StPO	196
5.1.	Meinungsstand zum Verhältnis von § 97 StPO und § 160a StPO.....	196
5.2.	Auslegung des § 160a Abs. 5 StPO	197
5.2.1.	Grammatikalische Auslegung	198
5.2.2.	Systematische Auslegung.....	198

5.2.3. Historische Auslegung	200
5.2.4. Teleologische Auslegung	202
5.2.5. Zwischenergebnis	203
6. Schutz vor Durchsuchung nach § 160a StPO	203
7. Ergebnis	205
III. Ergebnis: Die verschiedenen Fallkonstellationen bei unternehmensinternen Ermittlungen	205
1. Die Unterlagen befinden sich bei der mandatierten Kanzlei	205
2. Die Unterlagen befinden sich im Unternehmen	206
3. Die Unterlagen befinden sich im Unternehmen beim Syndikusanwalt	206
4. Übertragung der Ergebnisse auf den eingangs gebildeten Beispielsfall	207
Fünftes Kapitel: Die Verwertbarkeit der Ergebnisse in den Verfahren verschiedener Gerichtsbarkeiten	209
I. Die Verwertbarkeit gewonnener Informationen im zivil- und arbeitsgerichtlichen Verfahren	209
1. Die Verwertbarkeit gewonnener Informationen im zivilgerichtlichen Verfahren ...	209
2. Die Verwertbarkeit gewonnener Informationen im arbeitsgerichtlichen Verfahren	211
3. Verwertungsverbote bei speziellen Verstößen im Zusammenhang mit unternehmensinternen Ermittlungen	212
3.1. Verstoß gegen das Mitbestimmungsrecht	212
3.2. Verstoß gegen das BDSG und die DSGVO	213
4. Ergebnis	214
II. Die Verwertbarkeit der Ergebnisse im Strafverfahren	214
1. Verwertungsverbot bei einem Verstoß gegen das Beschlagnahmeverbot des § 97 Abs. 1 Nr. 3 StPO	215
2. Verwertungsverbot bei rechtswidriger Beweiserlangung von Privatpersonen	216
2.1. Die verschiedenen Ansichten zum Umgang mit rechtswidrig erlangten Beweisen durch Privatpersonen	216
2.1.1. Erste Ansicht: Kein Verwertungsverbot	217
2.1.2. Zweite Ansicht: Absolutes Verwertungsverbot	218
2.1.3. Dritte Ansicht: Beurteilung anhand einer Interessenabwägung	220
2.1.4. Vierte Ansicht: Beurteilung anhand einer Hypothesenbildung	221

2.1.5. Herrschende Meinung: Verwertungsverbot bei menschenrechtswidriger Beweisgewinnung	222
2.1.6. Bewertung und Stellungnahme zu der herrschenden Meinung.....	223
2.2. Folgen für unternehmensinterne Ermittlungen	226
2.3. Zwischenergebnis	226
3. Verwertungsverbot bei privaten Ermittlungen im Auftrag der Strafverfolgungsbehörden	227
3.1. Auswertung der Rechtsprechung des BGH	227
3.2. Auswertung der Rechtsprechung des EGMR	230
3.3. Folgerungen der Literatur	231
3.3.1. Darstellung der verschiedenen Ansichten zur Begründung einer Zurechnung speziell bei unternehmensinternen Ermittlungen.....	232
3.3.2. Bewertung und Stellungnahme	234
3.4. Folgen für unternehmensinterne Ermittlungen	235
3.4.1. Vorliegen einer vernehmungähnlichen Situation	235
3.4.2. Vorliegen eines Merkmals aus § 136a Abs. 1 StPO	239
3.5. Zwischenergebnis	239
4. Verwertungsverbot bei weiterem Eingriff in die Rechte des Beschuldigten durch Verwertung der Informationen im Strafverfahren	240
4.1. Verstoß gegen den nemo-tenetur-Grundsatz	242
4.1.1. Herrschende Ansicht: Kein Verwertungsverbot	243
4.1.2. Die verschiedenen Ansichten zur Bejahung eines Verwertungsverbots	244
4.1.2.1. Erste Ansicht: Verwertungsverbot entsprechend des Gemeinschaftschuldnerbeschlusses.....	244
4.1.2.1.1. Darstellung der Ansicht	244
4.1.2.1.2. Bewertung und Stellungnahme.....	246
4.1.2.2. Zweite Ansicht: Verwertungsverbot bei Verstoß gegen „Mindeststandards“	249
4.1.2.2.1. Darstellung der Ansicht	249
4.1.2.2.2. Bewertung und Stellungnahme.....	249
4.1.2.3. Dritte Ansicht: Verwertungsverbot aus der Zurechnung zu staatlichem Verhalten	250
4.1.2.3.1. Darstellung der Ansicht	250
4.1.2.3.2. Bewertung und Stellungnahme.....	250

4.1.2.4. Vierte Ansicht: Verwertungsverbot aus § 630c Abs. 2 S. 3 BGB analog.....	251
4.1.2.5. Bewertung und Stellungnahme zu einem Verwertungsverbot aus § 630c Abs. 2 S. 3 BGB analog	252
4.1.3. Zwischenergebnis.....	254
4.2. Verstoß gegen den fair-trial-Grundsatz	255
4.2.1. Der fair-trial-Grundsatz.....	255
4.2.2. Meinungsstand	256
4.2.3. Bewertung und Stellungnahme	258
4.3. Verwertungsverbot aufgrund der Verpflichtung des Unternehmens zu unternehmensinternen Ermittlungen.....	260
4.4. Verstoß gegen das allgemeine Persönlichkeitsrecht	261
5. Reichweite des Verwertungsverbots nach § 630c Abs. 2 S. 3 BGB analog	262
5.1. Befragungen von Zeugen vom Hörensagen.....	262
5.2. Beweisverwertungsverbot bei freiwilliger Auskunft.....	263
5.3. Beweisverwertungsverbot bei irrtümlich angenommener Auskunftspflicht	263
5.4. Fernwirkung des Verwertungsverbotes	264
5.4.1. Erste Ansicht: Verwendungsverbot.....	266
5.4.2. Zweite Ansicht: Verwertungsverbot	266
5.4.3. Bewertung und Stellungnahme	267
5.4.4. Zwischenergebnis.....	269
6. Ergebnis: Die verschiedenen Fallkonstellationen und die Verwertungsverbote bei unternehmensinternen Ermittlungen	270
Sechstes Kapitel: Ergebnis	273
I. Zusammenfassung der Ergebnisse.....	273
II. Folgerungen für den Ablauf unternehmensinterner Ermittlungen.....	277
Literaturverzeichnis	279